



BÜRGERALLIANZ

Thüringen gegen überhöhte Kommunalabgaben e. V.

Pressemitteilung

Pößneck, den 05.03.15

Sehr geehrte Damen und Herren,

wir bitten um die Veröffentlichung unserer Pressemitteilung als „Offenen Brief“.

Für Rückfragen stehen wir Ihnen gern zur Verfügung.

Der hier veröffentlichte „Offene Brief“ beinhaltet unsere Anschreiben an den Ministerpräsidenten Bodo Ramelow und an die Fraktionen „DIE LINKE“, SPD und Bündnis 90/Die Grünen.

Offener Brief

Anschreiben an die Fraktionen „DIE LINKE“, SPD und Bündnis 90/Die Grünen vom 03.05.15

Sehr geehrte Damen und Herren,

der Vorstand der Bürgerallianz Thüringen hat in seiner letzten Vorstandssitzung u.a. über das weitere Vorgehen bei der Abschaffung der Straßenausbaubeiträge und der Herstellungsbeiträge für Entwässerungseinrichtungen diskutiert. Dabei wurde eine Unzufriedenheit mit dem Fortgang der Gespräche und der zeitnahen Umsetzung des Koalitionsvertrages deutlich. Im Koalitionsvertrag wurde folgendes festgelegt: **„Die Koalition plant, die rückwirkende Erhebung von Straßenausbaubeiträgen zu begrenzen.“**

Den Gemeinden und Grundstückseigentümern droht jetzt die Erhebung von Straßenausbaubeiträgen für Maßnahmen, die 20 Jahre und länger zurück liegen.

Das halten wir für verfassungswidrig, unverhältnismäßig und unverantwortlich. Hier muss zügig etwas geschehen.

Vor einer Diskussion über die Abschaffung der Straßenausbaubeiträge und der Herstellungsbeiträge für Entwässerungseinrichtungen muss aus unserer Sicht noch vor der Sommerpause 2015 dringend die Rückwirkung dieser Beiträge durch den Thüringer Landtag geändert werden. Die Bürgerallianz Thüringen spricht sich für ein Gesetz zur Änderung des Thüringer Kommunalabgabengesetzes zur Begrenzung der Erhebung von Straßenausbau- und Abwasserbeiträgen aus. Dabei sollte die Festsetzungsfrist künftig gemäß Abgabenordnung 4 Jahre betragen.

Dazu ist es notwendig, dass Sie einen entsprechenden Gesetzentwurf selbst initiieren oder entsprechende Anträge der beiden anderen Fraktionen der Regierungskoalition im Thüringer Landtag unterstützen. Grundstückseigentümer und Kommunen benötigen bis zu einer Entscheidung zur Abschaffung der Straßenausbaubeiträge und der Herstellungsbeiträge für Entwässerungseinrichtungen zumindest eine Klärung zur Rückwirkung. Das Bundesverfassungsgericht hat mit Beschluss vom 5. März 2013 (1 BvR 2457/08) festgelegt, dass Abgaben zum Vorteilausgleich nicht zeitlich unbegrenzt nach der Erlangung des Vorteils festgesetzt werden dürften. Wir gehen davon aus, dass 4 Jahre Rückwirkung schon eine lange Zeit für die Bürger sind. Alle anderen Baumaßnahmen, die bis 1991 zurückliegen, ist dies nicht mehr vermittelbar und bedeutet einen unnötigen großen Verwaltungsaufwand. Die erlassenen Bescheide wiederum sind mit hoher Wahrscheinlichkeit anfechtbar und verursachen eine unnötige hohe Belastung von Verwaltung und Gerichten.



Thüringen gegen überhöhte Kommunalabgaben e. V.

Wir fordern Sie auf, die Initiative dafür zu ergreifen und die Umsetzung des Koalitionsvertrages schnellstmöglich und noch vor der Sommerpause 2015 auf den Weg zu bringen.

Wir bitten um eine zeitnahe Rückantwort hinsichtlich des weiteren Fortgangs und sind weiterhin davon überzeugt, dass Sie auch in Regierungsverantwortung glaubhaft zu Ihrem Wort stehen.

Die Bürgerallianz ist diesbezüglich unverändert zu konstruktiver Zusammenarbeit bereit.

Anschreiben an Ministerpräsident Bodo Ramelow vom 03.05.15

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident, lieber Bodo,

der Vorstand der Bürgerallianz Thüringen hat in seiner letzten Vorstandssitzung u.a. über das weitere Vorgehen bei der Abschaffung der Straßenausbaubeiträge und der Herstellungsbeiträge für Entwässerungseinrichtungen diskutiert. Dabei wurde eine Unzufriedenheit mit dem Fortgang der Gespräche und der zeitnahen Umsetzung des Koalitionsvertrages deutlich.

Im Koalitionsvertrag wurde folgendes festgelegt: **„Die Koalition plant, die rückwirkende Erhebung von Straßenausbaubeiträgen zu begrenzen.“**

Wir möchten Dich auch an Dein Wahlversprechen erinnern und beziehen uns dabei auf die Osterländer Zeitung vom 08.12.14. Ich zitiere: **„Dazu gehört zum Beispiel auch ein Thema, das in den nächsten Tagen erheblich Fahrt aufnimmt. Das sind die Straßenausbaubeiträge. Da hat uns die letzte Regierung noch ein Ei ins Nest gelegt, das heißt genau genommen den Bürgern. Denn sie hat vor der Wahl noch ein Gesetz gemacht, das erst nach der Wahl vollzogen werden soll. Und den ersten Gemeinden drohen jetzt Straßenausbaubeiträge, die 20 Jahre zurück liegen. Das halten wir für verfassungswidrig, und da muss zügig etwas geschehen.“**

Aus unserer Sicht muss noch vor der Sommerpause 2015 die rückwirkende Erhebung der Straßenausbaubeiträge bis 1991 mit einer Änderung des Thüringer Kommunalabgabengesetzes dringend geändert und auf vier Jahre nach Abgabenordnung begrenzt werden. Dazu ist es notwendig einen entsprechenden Gesetzentwurf als Landesregierung zu initiieren und entsprechende Anträge der Fraktionen von den Fraktionen der Regierungskoalition im Thüringer Landtag zu unterstützen.

Wir fordern Dich auf, die Initiative dafür zu ergreifen und die Umsetzung des Koalitionsvertrages und Deiner Wahlversprechen schnellstmöglich und noch vor der Sommerpause 2015 auf den Weg zu bringen.

Wir bitten um eine zeitnahe Rückantwort hinsichtlich des weiteren Fortgangs und sind weiterhin davon überzeugt, dass du auch in Regierungsverantwortung glaubhaft zu Deinem Wort stehst.

Die Bürgerallianz ist diesbezüglich unverändert zu konstruktiver Zusammenarbeit bereit.

Freundliche Grüße

Wolfgang Kleindienst
Landesvorsitzender